

Neue Geldquelle anzapfen

Geldquellen für einen Mittersiller Infrastruktur-Topf suchte Dr. Wolfgang Viertler. Bei der Felbertauernstraße AG wurde er fündig.

KARIN PLETZER

MITTERSILL. Zwei Jahre lang suchte Wolfgang Viertler nach Geldquellen, die in einen „Finanzierungsfonds zur Verbesserung der Infrastruktur“ seiner Heimatgemeinde fließen könnten. Ausgerechnet beim Nachbarn Osttirol wurde er fündig. Viertler will für Mittersill den gleichen Geldhahn anzapfen, wie die Osttiroler – nämlich die Felbertauernstraße AG.

Gewinne für Osttiroler Investment-Gesellschaft

Die 36,3 Kilometer lange Felbertauernstraße führt zu mehr als 50% über Mittersiller Grund (Nordrampe 16,5 km, Südrampe 14,5 km, Tunnel 5,3 km). Von den Gewinnen aus den eingehobenen Mautgebühren sieht die Marktgemeinde nichts. Im Gegensatz dazu fließen jährlich stattliche Summen in den Topf der „Osttiroler Investment GesmbH“, die eine 75%ige Tochter der Felbertauernstraße AG ist. Zweck dieser Investment-Gesellschaft ist „die Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur in Osttirol“.

Schon 1992 hat die Felbertauernstraße AG für dieses Projekt ein Stammkapital von ca. 4,5 Mio. Euro aufgebracht, seither werden jährlich ca. 700.000 Euro gezahlt.

Für den Bürgermeisterkandidaten Wolfgang Viertler wäre diese einseitige Vorgangsweise nur verständlich – „wenn das Land Tirol alleiniger Eigentümer der Felbertauernstraße AG wäre“. Dem aber ist nicht so. Haupteigentümer ist mit 60,5% die Republik Österreich, vertreten durch das Finanzministeri-



Kann Mittersill noch „die Kurve kriegen“ und als Anrainergemeinde von der Republik Österreich als Mehrheitseigentümer der Felbertauernstraße AG erfolgreich Geld für einen Infrastruktur-Topf einfordern?

Bild: Pletzer

um. Die Hälfte der Gewinne des Mehrheitseigentümers fordert Viertler für Mittersill – zumindest rund 100.000 Euro jährlich.

Im Februar verfasste Viertler einen Brief an Finanzminister Karl Heinz Grasser, indem er eine „gerechte Aufteilung des Anteiles der Republik Österreich auf die beiden betroffenen Regionen“ fordert. Aus dem Büro des Bundesministers für Finanzen kam eine für Oberpinzgauer eher erstaunliche Antwort. Denn die zuständige Fachabteilung habe geprüft und festgestellt, „dass es sich bei der Region Osttirol um eine besonders exponierte Grenzlandregion mit strukturell schwacher Wirtschaftsentwicklung handelt. Die Förderung war daher ein besonderes Anliegen des Landes Tirol und auch des Bundes im Rahmen seiner Gesamtverantwortung. Diese außerordentlichen Rahmenbedingungen waren und sind bei der Gemeinde Mittersill und Umland zweifellos nicht gegeben,“ so der Wortlaut des Schreibens.

Viertler „klärte“ das Finanzministerium in einem weiteren Schreiben darüber auf, dass der Oberpinzgau ebenso wie Osttirol zu den Ziel-2-Gebieten gehöre

und die Strukturen sowie das Wohlstands-Niveau sehr ähnlich seien. Die Zahl der Arbeitnehmer habe von 1995 bis 1999 in Osttirol sogar um 5,91% zugenommen, im Oberpinzgau dagegen um 0,2% abgenommen. Zudem habe Osttirol seit 1998 erfolgreich Betriebe – u. a. mit hochwertigen Produktprogrammen italienischer Unternehmen – angesiedelt.

Vier Forderungen an den Mehrheits-Eigentümer

Viertler: „Im Oberpinzgau gab es in dieser Zeit keine Betriebsansiedelungen. Daher ist anzunehmen, dass Osttirol den Oberpinzgau im Wirtschaftsniveau überholt hat.“

Auf dieses Schreiben von Viertler folgte vergangenen Freitag ein persönliches Gespräch im Finanzministerium in Wien. Dort deponierte Viertler im Büro des Bundesministers klare Forderungen.

* Da von 2004 bis 2009 rund 25 Mio. Euro in die Felbertauernstraße investiert werden – jährlich ca. 8 Mio – sollen bei der Auftragsvergabe speziell auch Oberpinzgauer Firmen berück-

sichtigt werden.

* Bei der Ausschüttung der Gewinne muss auch darauf Rücksicht genommen werden, dass Mittersill durch den Verkehr auf der Straße enormen Umweltbelastungen ausgesetzt ist, die zu entgelten sind.

* Die Straße führt zu mehr als 50% über Mittersiller Boden. Mittersill steht demnach ein Aufsichtsrat in der Gesellschaft zu (Osttirol ist mit vier vertreten).

* Die Mittersiller sollen von der Maut befreit werden.

Das Bundesministerium für Finanzen signalisierte die Bereitschaft, darüber „ernsthaft zu reden“. Dr. Fritz Simhandl aus dem Büro des Finanzministers: Für den Mehrheitseigentümer sei unbestritten, dass im Meinungsbildungsprozess der Gesellschaft die regionalen Interessen der Anrainergemeinden zu berücksichtigen seien. Einzelne Anrainergemeinden seien durch Vertreter aus der Region präsent. Die Gemeinde Mittersill sei betreffend stärkerer Berücksichtigung bisher nicht an das Ministerium herangetreten und müsse „in sich erst einmal einen klaren Standpunkt erarbeiten“.